75. Jahrgang. Nr. 64 — Sonnabend, 7. Februar 1931

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 25241
Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-N. 1, Marienstraße 38/40

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.40 Mk. (einschließlich 80 Pfg. für Zutragelohn), durch Postbezug 3.40 Mk. einschließlich 54 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 1mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg., außerhalb Dresdens 15 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden, Pohlandstr. 1068 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Flieger Gruses Abenteuer in Polen

Der Trick mit dem Photographenapparat

Berlin, 6. Febr. Der deutsche Sportflieger **Heinrich Gruse**, der, wie gemeldet, aus dem polnischen Gefängnis entlassen worden ist, ist in Breslau eingetroffen. Der Flieger schildert seine Erlebnisse folgendermaßen: Auf meinem Fluge am vorigen Freitag geriet ich kurz vor Bentschen in dichten Nebel, verlor die Orientierung und ging auf 200 Meter herunter, um bessere Sicht zu haben. Ich hatte keine Ahnung, daß ich mich auf polnischem Gebiet befand. Ueber Wollstein setzte insolge Oelmangels der Motor aus.

Mir blieb nichts anderes übrig, als eine Notlandung vorzunehmen.

Nach kurzer Zeit erschienen Polizei- und Zollbeamte aus Wollstein. Man brachte mich auf die Polizeiwache. Erst gegen 6 Uhr abends erschienen zwei Polizeibeamte, die mich zu Fuß nach dem Gericht brachten. Auf dem Gericht wurde ich von einem Richter und einem Staatsanwalt sehr ausführlich verhört. Auf dem Richtertische lagen u. a. Photographien und Putzlappen. Die Putzlappen waren zu einem dicken Bündel zusammengelegt. Vor meinen Augen wurde das Bündel auseinandergewickelt, und es kam ein photographischer Apparat deutschen Ursprungs von der Größe 4½×6 zum Vorschein. Auf den Kopf wurde mir zugesagt, daß dies mein Apparat sei, was jedoch falsch war, da ich meinen Apparat in Schneidemühl zurückgelassen hatte. Man legte mir eine Photographie von der Größe 4½×6 Zentimeter vor und

beschuldigte mich, mit diesem Apparat die Aufnahme gemacht zu haben.

Dieses Bild stammte jedoch gar nicht von mir. Wie raffiniert man mir irgend etwas am Zeuge zu flicken versuchte, zeigt folgendes: Mir wurde eine weitere Photographie von der Größe 4½×6 Zentimeter gezeigt und erklärt, daß auch diese Aufnahme mit dem bewußten Apparat gemacht worden sei. In Wahrheit war diese Aufnahme von meinem 5×8-Zentimeter-Apparat vor langer Zeit gemacht worden und von den Polen auf 4½×6 Zentimeter „zurechtgeschnitten" worden. Dann wurde

ein Haftbefehl ausgeschrieben,

und ich wurde von einem Polizeibeamten wieder zu Fuß zum Bahnhof gebracht, um nach Lissa transportiert zu werden. Am Dienstag erst wurde ich wieder einem langen Verhör unterzogen. Bis Donnerstag blieb ich im Gefängnis. Dann rief mich der Staatsanwalt herüber und erklärte, daß sich meine völlige Unschuld herausgestellt habe. Mir wurde aufgetragen, Polen auf schnellstem Wege zu verlassen.

Aus Angst vor den Aufständischen

Die Mehrzahl der oberschlesischen Wahlgeschädigten verzichtet auf Klage

Kattowitz, 6. Febr. Die Staatsanwaltschaft hat heute nachmittag die Vernehmung der durch den Wahlterror geschädigten Personen aus dem Landkreis Kattowitz abgeschlossen. Von den 100 Fällen, die zur Vernehmung gelangten, werden nur 15 ein gerichtliches Nachspiel haben. Es ist bezeichnend, daß die meisten der geschädigten Personen von einer Strafverfolgung abgesehen haben aus Furcht vor weiteren Belästigungen durch die Aufständischen. Der restliche Teil der Geschädigten wurde auf den privatrechtlichen Klageweg mit dem Hinweis auf das Tumultschädengesetz verwiesen.

Die Separatistenverhaftung in Kaiserslautern

Kaiserslautern, 6. Febr. Die aufsehenerregenden Separatisten vorgenommen wurden und stark belastendes der Ergebnisse von Haussuchungen, die bei den Sepwaratisten vorgenommen wurden und stark belastendes Material zutage förderten. Das bisher sichergestellte Material ist dem Oberreichsanwalt übergeben worden, der wohl Anklage wegen Hochverrates erheben wird. In der Angelegenheit sind bisher neun Personen festgenommen worden.

Wie weiter bekannt wird, war von separatistischer Seite auch versucht worden, junge Leute verschiedenster Parteien, darunter auch solche der Nationalsozialisten, nach Metz zu locken, um angeblich dort in die Wohn- und Büroräume des berüchtigten Separatisten Schlicht einzubrechen. Daß hinter dieser Sache eine Falle zu vermuten ist, ist klar. Wegen des raschen Eingreifens der Polizeibehörde konnte auch dieser hinterlistige Streich verhindert werden. Die Erhebungen dürften noch weitere Kreise ziehen.

Kommunistenüberfall auf Nationalsozialisten

Biersen (Rheinland), 6. Februar. In der Nacht zum Freitag sind in Biersen bei Zusammenstößen mit Kommunisten drei Nationalsozialisten durch Schüsse erheblich verletzt worden. Es war im Laufe des Donnerstag mehrfach zu Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten gekommen. Die Kommunisten hatten schließlich aus Gladbach Verstärkung herbeigeholt, worauf auch die Nationalsozialisten einige Gladbacher SS.-Leute hinzuzogen. Als dann die Gladbacher Nationalsozialisten in der Nacht auf zwei Lastwagen wieder heimfahren wollten, wurden sie in Robond von Kommunisten aus dem Hinterhalt überfallen. Die Kommunisten gaben aus Kellerlöchern und aus den Fenstern der oberen Stockwerke der Häuser zahlreiche Schüsse auf die beiden vorbeikommenden Kraftwagen ab, wobei sie sich gegenseitig durch Lichtsignale verständigten. Die Insassen des ersten Wagens blieben unverletzt, während im zweiten Wagen drei Nationalsozialisten durch Beinschüsse verletzt wurden. Sie mußten alle drei ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Arbeit für Sachsen!

Als die sächsische Wirtschaft in Chemnitz ihren Notruf „Sachsen braucht Arbeit" erschallen ließ, da wurde schon die Zurückhaltung mißbilligend vermerkt, die sich der Reichskanzler gerade zu diesem Thema auferlegte. Wir hatten damals der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die Frage in den nachfolgenden Besprechungen der sächsischen Regierungsvertreter mit den zuständigen Reichsstellen einer befriedigenden Lösung zugeführt würde. Inzwischen kann man sich aber des Eindrucks nicht erwehren, daß die für Sachsen so brennend wichtige Angelegenheit in Berlin verschleppend behandelt wird. Von der geforderten grundlegenden Reform bei der Vergebung der Reichsaufträge sind noch nicht einmal Ansätze zu bemerken. Darum bleibt es Pflicht der sächsischen Oeffentlichkeit, Sachsens verletztes Recht auf vermehrte Arbeitszuteilung immer wieder zu betonen und im Zeichen der ständig wachsenden Arbeitslosigkeit gegen die einseitige Bevorzugung Preußens zu protestieren. Gelegenheit dazu geben neue Veröffentlichungen des Münchner Stadtbaurats und Reichstagsabgeordneten Rauch, der für die bayrische Wirtschaft dieselben Klagen über Zurücksetzung und Benachteiligung gegenüber Preußen erhebt. Wir haben keinen Anlaß, den bayrischen Vorstoß als unbequeme Konkurrenz zu empfinden; denn die Interessen Sachsens und Bayerns, wie überhaupt der nichtpreußischen Länder sind in diesem Fall gleichlaufend. Keines will ja Sondervorteile für sich, sondern nur ausgleichende Gerechtigkeit bei der Vergebung öffentlicher Aufträge im ganzen Reich, und je mehr Länder sich zusammenfinden und ihre Anstrengungen vereinigen, um so mehr wächst die Aussicht, den Widerstand der Bequemlichkeit und Trägheit in Berlin zu brechen.

Das von Rauch zusammengestellte Zahlenmaterial beleuchtet die Frage, nachdem sie arbeitsmarktpolitisch auf der Chemnitzer Tagung erschöpfend behandelt worden ist, von der Seite der finanzpolitischen Wirkungen her. Und in diesem Licht erscheint das Unrecht womöglich noch krasser. Denn es ist klar, daß die 2½ Milliarden Reichsaufträge aus den Reichseinnahmen, also in erster Linie aus den direkten Reichssteuern, bezahlt werden. Die Mittel zu ihrer Finanzierung werden von allen deutschen Ländern nach dem Verhältnis ihrer Steuerkraft — und da steht Sachsen sehr hoch auf der Leiter — aufgebracht. Und nicht weniger als 70 Prozent der direkten Reichssteuern fließen zur Bezahlung der Reichsaufträge wieder zurück, im Kreislauf die Wirtschaft der Länder befruchtend und den Arbeitsmarkt, dort, wo sie hinfallen, erleichternd. Aber wohin, in welche Länder und nach welchem Verteilungsmaßstab gehen diese Summen? Die nach langem Drängen vorgelegte Gesamtaufstellung für das Etatsjahr 1929/30 gibt auf diese Frage vielsagenden Aufschluß. Der einzige Maßstab für die Verteilung der Aufträge ist danach die Bequemlichkeit für die vergebenden Behörden nach dem Grundsatz, daß man vor der Haustür, also in Berlin und um Berlin herum — allenfalls noch im Rheinland — am praktischsten einkauft. Zum großen Teil natürlich mit den Geldern aus Sachsen, Bayern, Württemberg und den übrigen Ländern. Gerechterweise müßte man die Verteilung nach der Zahl der in Industrie und Handwerk der einzelnen deutschen Länder tätigen Personen vornehmen. Denn es ist klar, daß hundert Arbeiter und Handwerker in Sachsen — zumal sie die gleichen Lasten tragen — das gleiche Bedürfnis und das gleiche Recht auf Reichsaufträge haben, wie hundert Arbeiter und Handwerker in Preußen. Wenn man von diesem Gesichtspunkt ausgeht, dann hätte Preußen Anspruch auf 58,8 Prozent der Reichsaufträge (1470 Millionen); erhalten hat es aber in Wirklichkeit 78,6 Prozent (1966 Millionen). Die übrigen deutschen Länder hätten 41,2 Prozent (1030 Mill.) bekommen müssen und haben nur rund die Hälfte ihres Anteils, nämlich 534 Millionen, erhalten. Dabei sind in dieser Zusammenstellung noch nicht einmal die sogenannten „kleinen Aufträge" unter 20 000 Mark (bei der Reichsbahn unter 50 000 Mark) enthalten, deren Summe mehr als die Hälfte der Gesamtaufträge ausmacht, und deren Löwenanteil, wie Ministerialdirektor Dr. Klien in Einzelheiten nachgewiesen hat, ebenfalls auf Berlin mit näherer Umgebung entfällt. Auch wenn man nur die nachweisbaren großen Aufträge zugrunde legt, ergibt sich daraus für die Zeit seit dem Kriegsende eine Bevorzugung Preußens um 5 Milliarden und eine Benachteiligung der übrigen 16 deutschen Länder um den gleichen Betrag. Sachsen ist daran mit annähernd 2 Milliarden Verlust beteiligt.

Gegen diese himmelschreiende Ungerechtigkeit wendet sich unser Kampf. Denn geschädigt werden dadurch nicht nur die Unternehmer, in viel höherem Maße noch die Arbeitnehmer, denen gewaltige Lohnsummen entgehen und deren Kaufkraft erheblich geschwächt wird. Am deutlichsten wird das auf dem Sondergebiet der Textilindustrie, auf dem Sachsen 38,8 Proz. des deutschen Gesamtumsatzes hat, aber nur 12,8 Proz. der Reichsaufträge erhält. Tausende von Arbeitern hätten ständige Beschäftigung, wenn nicht so grotesk einseitig zugunsten Preußens verfahren würde. Von einer anderen Seite gesehen, ergibt sich das gleiche Bild, wenn man die **ausgefallenen Reichsaufträge mit der Steuerbelastung**

Auseinandersetzung mit den Nationalsozialisten

Erregte Szenen im Reichstag

Stimmungsbild unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 6. Febr. Während der Fortsetzung der großen Aussprache im Reichstag im Anschluß an die gestrigen Erklärungen des Reichskanzlers bot der Plenarsaal am Freitag ein recht bewegtes Bild. Einer nach dem anderen aus der Mitte stand auf, um gegen die Rechte Stellung zu nehmen. Der Demokrat Dr. Stolper, bekanntlich Herausgeber einer volkswirtschaftlichen Wochenschrift, erging sich in einem langatmigen Kolleg über alle jene Faktoren, die zur Ueberspitzung der deutschen Krise geführt haben. Das Rezept, auf das Stolper herauskam, war im Grunde genommen keine Neuigkeit. Er erklärte, daß die Zinsen gesenkt werden müßten und daß so viel Kapital wie nur irgend möglich nach Deutschland hereinzuholen sei. Wie sich freilich Dr. Stolper eine Wiederaufrichtung des zerstörten Binnenmarktes mit ausländischen Krediten vorstellt — der Binnenmarkt ist ja zusammengebrochen, nicht so sehr der Export —, ging aus dieser Rede nicht hervor.

Politisch treten die Staatsparteiler naturgemäß der heutigen Reichsführung bei.

Vor den gestern so schwer angegriffenen Kanzler stellte sich dann sein Parteifreund Joos. Man kann nicht sagen, daß er manchen Gesichtspunkt, mit dem er von seinem Standpunkt aus vielleicht sogar recht wirkungsvoll gegen den Nationalsozialismus hätte operieren können, glücklich ausgewertet hätte. In der Sache, wenn auch nicht in der Form, gab er der gestrigen nationalsozialistischen Angriffsrede wenig nach. Und so war fast im Handumdrehen

der Sitzungssaal mit Toben und Geschrei erfüllt.

Tätlichkeiten der bis aufs Blut gereizten Nationalsozialisten drohten jeden Augenblick, und nur mit großer Mühe gelang es dem Präsidenten, der Beunruhigung Herr zu werden, an der der Abg. Joos mindestens ebenso schuldig war, wie die Abgeordneten der radikalen Rechten.

Erst der Abg. Dingeldey gab der heutigen Diskussion wieder Niveau. Recht geschickt setzte er sich dabei mit den Diktaturgerüchten auseinander, die gestern der Kanzler so energisch dementiert hat. Dabei konnte man seinen Worten so viel entnehmen, daß eine Entwicklung auf eine andersgeartete Reichsführung auf andersgeartetem verfassungsrechtlichen Fundament ihm nicht unsympathisch wäre. Dr. Dingeldey lehnte eine politische Entwicklung, die zur Ausmerzung der für das deutsche Volk als untragbar erkannten Weimarer Verfassung führt, nicht ab; ja er bekannte sich zu ihr unter der Voraussetzung, daß die Neuschöpfung einer deutschen Konstitution nicht unter dem Gesichtswinkel von Interessenten erfolgt, sondern einzig und allein getragen ist von staatspolitischen Erwägungen.

Dr. Dingeldey setzte sich ebenfalls mit dem Nationalsozialismus auseinander

und unterschied sich von seinen Vorrednern sehr wesentlich darin, daß er zum mindesten eine Bejahung der positiven vaterländischen Kräfte, die in dieser Bewegung enthalten sind, forderte, und denjenigen, die sich heute bitter über das Aufflammen der Welle von rechts beklagen, entgegenhielt, sie hätten auf bestimmte seelische und stimmungsmäßige Momente im Volk nicht gebührend Rücksicht genommen.

Nach dieser Rede Dr. Dingeldeys steht es fest, daß die volksparteiliche Fraktion morgen nicht für die Mißtrauensanträge stimmen wird.

Auch die Christlichsozialen stellen sich dem Kabinett, wenn auch mit einigen Vorbehalten, zur Verfügung. In der Opposition verbleibt demgegenüber die Wirtschaftspartei, deren Redner ausdrücklich das Mißtrauen seiner Freunde gegen das Kabinett unterstrich. Dagegen will die Bayrische Volkspartei, wie der Abg. Dr. Pfleger zum Ausdruck brachte, das Kabinett unterstützen.

(Reichstagsbericht auf Seite 2.)